

## MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

# Der Mann, der an die Trüffel glaubt

Der Wald- und Weinunternehmer Job von Nell vereint Genuss und Nachhaltigkeit. Der Schutz des Bodens sei ein Ideenfeld neuer Geschäftsmodelle.

Riesling und Trüffel. Klingt köstlich. Ein genussvoller Abend mit Freunden oder im Urlaub. Man könnte sich noch eine großartige Aussicht dazuträumen. Aber Job von Nell lenkt den Blick auf die Erde. Schwärmt von Humus und Mikroorganismen, von den vielen Funktionen des Ökosystems Boden. „Wir bekommen so viel zurück, wenn wir den Boden pfleglich behandeln. Das ist die Grundvoraussetzung für hochwertige Produkte“ – wie edle Rieslinggewächse oder Trüffel. Job von Nell war Projektentwickler für Unternehmensimmobilien. Auch da zählte Boden. Aber natürlich ganz anders. „Man läuft darauf herum und macht sich keine Gedanken über das Leben im Erdreich.“ In Zeiten des Klimawandels sind CO<sub>2</sub>-Senken die neuen Höhenflüge. „Ich habe insgesamt ein sehr glückliches Berufsleben“, sagt der Fünfundsechzigjährige im Gespräch mit der F.A.Z. „Aber mit der Entscheidung für die Land- und Forstwirtschaft begann die glücklichste Zeit.“ Früher hat er – sehr erfolgreich – die Marktische sogenannter Light-Industrial-Immobilien erschlossen, ehemalige Gewerbehöfe oder Lagergebäude. Heute denkt er darüber nach, „wie sich die Chancen der Wirtschaftsgüter Wald und Weinberg heben lassen“.

Von Nell ist Geschäftsführer des VDP-Weinguts Karl Schaefer in Bad Dürkheim, das er gemeinsam mit seiner Frau Nana betreibt. Auf 18 Hektar Rebfläche, darunter eine imponierende Zahl erster und großer Lagen, baut das Ehepaar Rieslinge der Spitzenklasse an. Knapp 100 Kilometer weiter, im Hunsrück, befindet sich sein Forstbetrieb, die von Nell'sche Forstverwaltung: rund 750 Hektar Wald werden dort naturnah bewirtschaftet. „Aber die Bedeutung des Waldes wird immer weniger in der Vermarktung von Holz und Wild liegen“, sagt von Nell. „Wir brauchen den Wald als Nährstoff- und Wasserspeicher, für den Schutz des Klimas und der Artenvielfalt und für unser eigenes Wohlbefinden.“ Von Nell hat Windkraftanlagen im Wald. Das funktioniert „supergut“, und der Artenvielfalt habe es nicht geschadet.

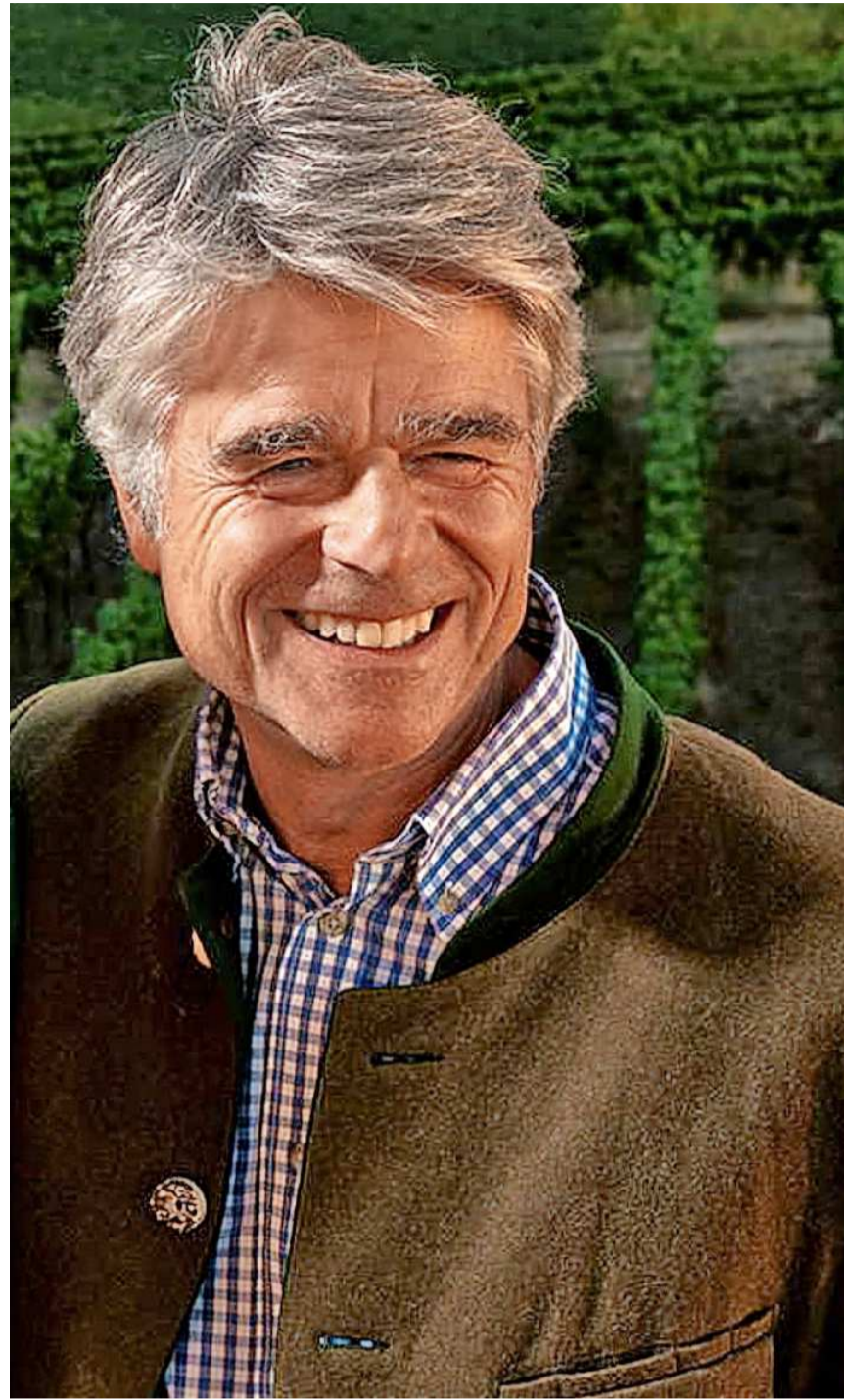
Ein Wald ganz besonderer Art soll auf einer Ackerfläche im Hunsrück entste-

hen. Dort hat von Nell vor einhalb Jahren rund 2000 mit Trüffelgeflecht geimpfte Bäumchen setzen lassen. Beteiligt an dem Trüffelabenteuer sind 100 „Baumpaten“. Gegen Zahlung eines Jahresbetrages von 250 Euro werden sie in sieben bis zehn Jahren anteilig an der Ernte teilhaben – wenn die kostbaren Pilze tatsächlich gedeihen.

Genuss und Nachhaltigkeit sind für von Nell kein Widerspruch. „Der Trüffel ist ein landwirtschaftliches Produkt, das sehr hohe Ansprüche an den Boden stellt.“ Das Wimmeln im Erdreich, die ständigen Abbau- und Aufbauprozesse – der Schutz des Bodens ist für den rührigen Unternehmer ein Ideenfeld für neue Geschäftsmodelle. „Die ökologische Transformation ist unglaublich bereichernd, auch wegen der vielen interessanten Begegnungen, gerade mit jungen Leuten.“

Zugleich knüpft von Nell als Wald- und Weinunternehmer an eine lange Familientradition an. Der Vater seiner Mutter, August von Schorlemer, war deutscher Weinbaupräsident in den 1920er-Jahren. Der Urgroßvater, Clemens Freiherr von Schorlemer, diente unter Bismarck als preußischer Landwirtschaftsminister. Von Nell selbst verbrachte die Sommer seiner Kindheit und Jugend auf dem Bauernhof bei Verwandten in der Pfalz. Nach dem Abitur stand für ihn fest, er wollte Landwirtschaft studieren. Groß war dann die Enttäuschung, dass der Notendurchschnitt nicht reichte. Also Rechtswissenschaften. „Pflichtbewusst und mit Erfolg, aber ohne Leidenschaft.“ Trotzdem entschloss sich von Nell, noch zu promovieren. Die Dissertation überreichte er seinem Großonkel zum 100. Geburtstag. Der Besenkte war Oswald von Nell-Breuning. „Ich dachte, das kommunalrechtliche Thema werde ihn als Verfechter des Subsidiaritätsprinzips interessieren.“

Von Nell wechselte von der Universität in die Kreditwirtschaft, Schwerpunkt Immobilienfinanzierung. Während seiner Zusatzausbildung zum Immobilienökonom in Oestrich-Winkel lernte er seine späteren Geschäftspartner kennen. In Berlin gründeten die drei Banker 1997 die heutige BEOS AG. Die Spezialisierung auf Gewerbeimmobilien und deren Revitalisierung sollte sich als Glücksfall erweisen. „Wir haben toll



Job von Nell

Foto privat

zusammengearbeitet und sehr gut Geld verdient“, fasst von Nell zusammen. Dann kam die Finanzkrise. Zeit für den Abschied aus dem Immobiliengeschäft, beschloss von Nell. In der Familie seiner Frau Nana wurde damals nach einem neuen Pächter für das traditionsreiche Weingut Karl Schaefer von 1843 gesucht. Job von Nell suchte eine neue Aufgabe, und er hatte Kapital. Also beschlossen er und seine Frau, die Volkswirtin ist und bei KGMG arbeitete, das Weingut zu übernehmen. „Wenn ich Ahnung vom Weinanbau gehabt hätte, hätte ich das nicht gemacht“, sagt er rückblickend. Zwar wussten die von Nells von der „angespannten Lage“ des Weinguts. „Aber es hat dann nicht drei Jahre, sondern 10 Jahre gedauert, um

wettbewerbsfähig zu werden.“ Grund dafür war vor allem die langwierige und aufwendige Verbesserung der Böden. „Nur wenn alles stimmt, kann der Wein seine eigene Geschichte erzählen.“

Auch von Nells neuestes Projekt verlangt Ausdauer: Als Mitgründer von „Carboforst“ will er den Aufbau von Wäldern vorantreiben, die dem Klima- und Artenschutz helfen. Dafür sollen regionale und lokale Partnerschaften mit Unternehmen, Institutionen und Waldbesitzern entstehen. Die Arrangements sind zunächst auf zehn Jahre angelegt. Dann ist Job von Nell Mitte siebzig. Doch den langen Zeithorizont seiner Projekte sieht er mit Gelassenheit. „Die Vitalität guten Bodens, das Wachsen und Gedeihen, all das gibt mir enorm viel.“ KATJA GELINSKY

## Zalando halbiert seinen Jahresausblick

Inflation lässt Kunden weniger Mode kaufen

bth. FRANKFURT. Es ist keine gute Zeit für Händler von Waren, die man nicht unbedingt braucht. Bei Inflationsraten um 8 Prozent überlegen sich viele Verbraucher, auf was sie verzichten können. Mode und Kosmetik gehören offenbar bei vielen dazu – und das trifft Europas größte Handelsplattform für diese Güter – das Berliner Dax-Unternehmen Zalando – mit Wucht.

Der Konzern kämpft ohnehin damit, sein Geschäft in der Nach-Corona-Zeit auszutarieren. Nach der Pandemie, während der er und seine Anleger mit Erfolg verwöhnt wurden, verzeichnete Zalando zu Jahresbeginn den ersten Umsatzrückgang der Unternehmensgeschichte. Im Frühjahrsquartal von März bis Juni holt den Konzern nun die Krise von Krieg und Inflation ein. So sehr, dass sich das Management am Donnerstagabend genötigt sah, per Ad-hoc-Mitteilung mitzuteilen, dass das Wachstum von Umsatz, Gewinn und Wert über die Plattform vertriebener Artikel (GMV) „deutlich“ unter den Erwartungen von Analysten liegt. „Das zweite Quartal ist profitabel, aber schwächer als erwartet“, schrieb Zalando. Der Aktienkurs knickte darauf am Freitag um 7 Prozent ein.

Genaue Zahlen verrät das Unternehmen nicht, Zalando will seine Quartalsergebnisse weiterhin am 4. August vorlegen. So könnte man meinen: immerhin profitabel. Denn im ersten Quartal hatte ein Fehlbetrag von 51,8 Millionen Euro im Betriebsergebnis (bereinigt und vor Zinsen und Steuern) gestanden. Doch die Stelle, an der die Mitteilung dann konkrete Zahlen nannte – beim korrigierten Jahresausblick –, dürfte die Hoffnungen der Investoren weitgehend zunichtemachen. Denn Zalando halbierte seine Gewinnprognose und schraubte die Erwartung ans Umsatzwachstum fast bis auf null zurück. Statt eines Betriebsergebnisses von mindestens 430 Millionen Euro in diesem Jahr werden nun nur noch zwischen 180 und 260 Millionen erwartet, statt eines Umsatzwachstums von 12 Prozent nur noch 0 bis 3 Prozent.

Nach dem Umsatzrückgang im ersten Jahresviertel kann es nun also auch für das ganze Jahr so kommen, dass Zalando nicht wächst – das sind neue Zeiten für ein Unternehmen, das als Start-up startete und sich seither stets über sein Wachstum definiert hatte.

## Ab zum Abwickler

Zurich-Leben-Kunden wechseln zu Viridium

pik. FRANKFURT. Lebensversicherungskunden, die eine Police mit klassischer Zinsgarantie der Zurich haben, werden künftig von einem neuen Eigentümer betreut. Der Altbestand mit 720 000 Verträgen wechselt ins Eigentum der Viridium-Gruppe im hessischen Neu-Isenburg. Das ist nach dem Bestand der Generali im Jahr 2019 die zweitgrößte Transaktion des Abwicklungsspezialisten. Das Unternehmen verpflichtet sich gegenüber den Versicherten, die Verträge mit allen bestehenden Verpflichtungen fortzuführen. Das verwaltete Vermögen beträgt 21 Milliarden Euro. Der Abwickler kann durch den Zukauf großer Bestände effizienter wirtschaften, dadurch Kostenvorteile realisieren und die Kapitalanlage optimieren. Die Finanzaufsicht Bafin muss der Transaktion noch zustimmen.

In einer Mitteilung betont Viridium, dass die Bestandsübertragung vor drei Jahren für die Generali-Kunden nicht zu ihrem Nachteil geschehen sei. Laufende Zinsen sind den Konten weiterhin gutgeschrieben worden. In diesem konkreten Fall sei sogar die Quote der Vertragskündigungen zurückgegangen. Vor der Transaktion hatte sie bei 3,1 Prozent gelegen, seither sei sie auf 2,6 Prozent gefallen. „Die Versicherungsnehmer

können sich darauf verlassen, dass wir uns vollständig darauf konzentrieren, ihre Verträge dauerhaft zu erfüllen, und dass sie dabei von den finanziellen und operativen Vorteilen unseres Geschäftsmodells profitieren“, sagte Tilo Dresing, der Vorstandsvorsitzende der Viridium-Gruppe, laut einer Mitteilung.

Mit dem fünften Aufkauf eines Bestands erfolge ein logischer nächster Schritt in der Entwicklung der Gruppe, die sich, anders als der Wettbewerber Frankfurter Leben, auf Policen mit Garantiezins spezialisiert hat. Das Modell beruht darauf, dass Kostengewinne (zu mindestens 50 Prozent) und Ertragssteigerungen (zu 90 Prozent oder mehr) gemäß der Mindestzuführungsverordnung beim Kunden landen. Den Rest darf sich die Plattform zuschreiben. Hinter Viridium stehen die Hannover Rück und die Generali sowie mit Civen eine britische Beteiligungsgruppe. Der Verband der deutschen Versicherer GDV sieht in dem Modell keine Nachteile: „Ein Bestandsverkauf – der streng von der Bafin überwacht wird – kann Vorteile für alle Beteiligten haben“, teilte Hauptgeschäftsführer Jörg Asmusen anlässlich der jüngsten Bestandsübertragung mit. (Kommentar Seite 28.)

## Wechsel an der TUI-Spitze – per Ausstiegsklausel

Seit mehr als einem Monat gab es dröhnende Ungewissheit im Reisekonzern TUI. Nun haben die Beschäftigten die Bestätigung für Spekulationen bekommen: Der Vorstandsvorsitzende Fritz Jousen scheidet auf eigenen Wunsch vorzeitig aus. Er nutzt eine spezielle Ausstiegsklausel, die er sich im zeitlichen Zusammenhang mit den Corona-Stabilisierungsmaßnahmen ausbedungen hatte. Zum Geschäftsjahresabschluss Ende September will Jousen den Chefposten an den bisherigen Finanzvorstand Sebastian Ebel übergeben. Das schlägt das Präsidium des Aufsichtsrats um den Vorsitzenden Dieter Zetsche dem Kontrollgremium vor, wie der Reisekonzern am Freitag mitteilte. Nach F.A.Z.-Informationen tagt der Aufsichtsrat am kommenden Montag. Es dürfte eine Formalie werden, denn Zetsche lobt in der Mitteilung Ebel schon als „exzellente Besetzung“. Jousens Vertrag wäre bis 2025 gelaufen.

Jousen wählt einen Ausstiegszeitpunkt, zu dem sich das Reisegeschäft vom Tief in der Corona-Pandemie wieder erholt. TUI erwartet Kundenzahlen auf dem Niveau von 2019, profitiert davon,

dass mit dem Aus für Thomas Cook vor knapp drei Jahren ein Rivale weggefallen ist. Allerdings drückt TUI ein hoher Schuldenberg, Corona-Hilfen sind – anders als von der Deutschen Lufthansa – nicht komplett zurückgeführt. Daher gibt es die Sorge, dass vom vorzeitigen Chefabgang ein unvorteilhaftes Signal ausgeht. „Der Aufsichtsrat bedauert die Entscheidung von Fritz Jousen – und auch ich persönlich bedauere sie“, wurde Chefaufseher Zetsche zitiert. Der Kurs der TUI-Aktie fiel, am Freitagmittag lag er mehr als 2 Prozent im Minus. Zetsche beteuert, dass TUI die schwere Corona-Phase hinter sich gelassen habe. „Die existenzbedrohende Krise ist bewältigt. Wir starten jetzt in die nächste Phase“, sagte er.



Fritz Jousen

Foto Henning Bode

Der künftige Chef Ebel verantwortet aktuell die Konzernfinanzen, zuvor war er für Hotels und Kreuzfahrten zuständig. Nach einer ersten Zeit bei TUI bis 2006 arbeitete er bei Vodafone mit Jousen zusammen und folgte dem 2013 zurück zu TUI. Jousen selbst wandte sich in einem Rundschreiben an die Mitarbeiter. „Die Entscheidung fällt mir nicht leicht“, schreibt er darin. Er sei jedoch davon überzeugt, dass jetzt „ein richtiger Zeitpunkt für einen Wechsel“ sei. Aus Konzernkreisen ist indes auch zu hören, dass der am Beginn seiner TUI-Zeit riesige Elan des Chefs nachgelassen habe.

Zur Ausstiegsklausel, die Jousen nutzt, steht im jüngsten Geschäftsbericht, dass ihm mit einer Frist von drei Monaten zum 30. September 2022 das Recht eingeräumt ist, sein Amt niederzulegen. Sein Vertrag endet dennoch erst 24 Monate später, wobei für diese Zeit mögliche Leistungen aus der Jahreserfolgsvergütung und dem Langzeitarbeitsprogramm „ausgezahlt werden und nicht verfallen“. Jousen hatte 2013 von Michael Frenzel die Führung von TUI übernommen – damals „ein von der Zerschlagung bedrohter Konzern“, wie Zetsche am Freitag erklärte. Ein Kernproblem war ein unvollendeter Expansionschritt, der zu zwei börsennotierten TUI-Gesellschaften, der Holding in Hannover und TUI Travel in London, geführt hatte. Dabei war die Teilgesellschaft an der Börse mehr wert als der Gesamtkonzern. Jousen gelang es, die beiden TUI-Gesellschaften zu fusionieren, was Strukturen spürbar verschlankte. Zudem trieb er die Digitalisierung voran, sah aber nach dem Eindruck von Beobachtern seine Kernaufgabe für den Konzern als absolviert an. (Kommentar Seite 28.) tko.

## Deutsche-Bank-Vorstand bietet Bonusteilverzicht an

Die zehn Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank haben angeboten, dass ihr Bonus um 75000 Euro gekürzt wird. Damit reagieren sie darauf, dass Bankaufseher den Umgang im Deutsche-Bank-Konzern mit Chats auf Diensthandys in Messenger-Diensten wie WhatsApp kritisiert haben. Für Vorstandschef Christian Sewing, der selbst wegen Verwendung von WhatsApp in die Schlagzeilen geriet, ist der Verzicht überschaubar: Seine Bezüge stiegen im vergangenen Jahr um 20 Prozent auf 8,8 Millionen Euro. Der gesamte Vorstand verdiente 2021 rund 66,5 Millionen Euro an Grundgehalt und Boni verteilt auf elf Köpfe, weil es im Jahresverlauf einen personellen Wechsel gegeben hatte.

Wie ein Kenner der Bank gegenüber der F.A.Z. erklärte, gibt der Vorstand mit

dem Angebot eines Gehaltsverzichts auf ab 2023 auszuhaltende Boni kein individuelles Fehlverhalten zu. Vielmehr solle der Gehaltsverzicht als ein Signal verstanden werden, dass die Vorstandsmitglieder die Verantwortung für eine „kulturelle Fehlentwicklung“ in der Deutschen Bank und damit einen zu laxen Umgang der Mitarbeiter mit ihren Diensthandys übernehmen. Ein Sprecher der Deutschen Bank lehnte einen Kommentar dazu ab. Als Erste hatte die britische Zeitung „Financial Times“ berichtet.

Offenbar stört Bankaufseher, dass Chats über WhatsApp nicht wie von ihnen verlangt über Jahre aufbewahrt und gespeichert werden können. Deshalb hatte die Deutsche Bank schon vor Jahren für Diensthandys einen alternativen Messengerdienst namens Symphony eingeführt.

Da die amerikanischen Aufseher gegenüber allen Großbanken vor Kurzem nochmals strenger wurden, wird nun gerade auf den Geräten von 1750 Deutsche-Bank-Mitarbeitern mit Kundenkontakt in die USA eine neue Messenger-App namens Movius implementiert. Die Bank warnte zudem ihre Mitarbeiter, sie dürften auch auf ihren privaten Smartphones keine Nachrichten mit Geschäftsbezug löschen.

Die Schwierigkeiten hat die Deutsche Bank nicht allein: Auch andere große Banken wie Goldman Sachs und HSBC sind von amerikanischen Aufsehern wegen der Kommunikation ihrer Mitarbeiter schon verschärft geprüft worden. HSBC entließ in London einen Wertpapierhändler, nachdem die Bank nach einer Untersuchung von Handy-Chats problematische Nachrichten entdeckt

hatte. In der Deutschen Bank fällt allerdings auf, dass selbst Vorstandsmitglieder offensichtlich nicht konsequent ausschließlich die von der Aufsicht akzeptierten Kommunikationskanäle nutzen.

Vielmehr hat die Agentur Bloomberg gemeldet, sogar Vorstandschef Christian Sewing selbst habe schon WhatsApp angeblich zur firmenbezogenen Kommunikation genutzt. Bloomberg berief sich auf Chats Sewings mit dem Geschäftsmann Daniel Wruck, dessen Rolle in der Tat bei Geschäften mit der Deutschen Bank und ihrer Fondsgesellschaft DWS von deutschen Behörden untersucht wurde. Bei der Kommunikation zwischen Sewing und Wruck über WhatsApp sollen nach Informationen der F.A.Z. allerdings keine geschäftspolitischen Informationen ausgetauscht worden sein. ham.

## Netflix baut Stellen ab

Zweite Entlassungsrunde in kurzer Zeit

lid. NEW YORK. Netflix sieht sich zu einer weiteren Entlassungsrunde gezwungen. Der Videodienst bestätigte jetzt, sich von 300 Mitarbeitern zu trennen, was in etwa 3 Prozent der Belegschaft entspricht. Vor allem amerikanische Beschäftigte sollen betroffen sein. Erst im Mai hatte das Unternehmen 150 Stellen gestrichen. Ein Sprecher sagte zu den abermaligen Entlassungen: „Wir machen diese Anpassungen, damit unsere Kosten in Übereinstimmung mit unserem langsameren Umsatzwachstum wachsen.“

Das Geschäft von Netflix hat sich zuletzt erheblich eingetrübt. Für das erste Quartal meldete das Unternehmen den ersten Rückgang von Abonnentenzahlen seit mehr als einem Jahrzehnt, und für das laufende zweite Quartal hat es sogar ein noch deutlicheres Minus vorhergesagt. Diese Nachrichten schockten die Wall Street, der Aktienkurs fiel damals innerhalb eines Tages um mehr

als 35 Prozent. Seit Jahresanfang hat er nun sogar fast 70 Prozent an Wert verloren. Netflix führte eine Reihe möglicher Gründe für die schwächere Entwicklung an, darunter die Aufgabe des Geschäfts in Russland und allgemeine makroökonomische Faktoren wie eine steigende Inflation. Darüber hinaus gab das Unternehmen aber auch so deutlich wie noch nie zu, dass es die stärkere Konkurrenz zu spüren bekommt. Der Wettbewerb im Streamingmarkt ist um einiges härter geworden, in den vergangenen Jahren sind eine ganze Reihe neuer Plattformen wie Disney+ oder HBO Max dazugekommen. Netflix sieht sich jetzt zu mehreren Strategiewechseln gezwungen. Beispielsweise soll ein billigeres Abonnement mit Werbung eingeführt werden, was das Unternehmen in der Vergangenheit abgelehnt hat. Außerdem testet Netflix Konzepte, um den kostenlosen Konsum seiner Inhalte durch das Teilen von Passwörtern einzudämmen.

## Kurze Meldungen

### Instagram kontrolliert Alter

Instagram testet in den USA die automatische Alterserkennung auf Basis eines Selfie-Videos. Die zum Facebook-Konzern Meta gehörende Foto- und Videoplattform erläuterte, dass die Nutzer gebeten werden, ein Video von sich hochzuladen, das dann bei dem Partnerunternehmen Yoti ausgewertet wird. Danach werde das Video gelöscht. Die Software könne zwar das Alter der Nutzer schätzen, sei aber nicht darauf ausgelegt, ihre Identität zu erkennen, betonte ein Sprecher. dpa-AFX

### Marine will Werftgelände

Nach der Pleite der MV-Werften in Mecklenburg-Vorpommern wird nun auch eine Lösung für den Standort in Rostock konkreter. Die Bundesregierung habe ein Angebot abgegeben, die Werft in Rostock-Warnemünde zu erwerben, um sie in ein Marinereisental umzuwandeln, bestätigte das Bundesverteidigungsministerium am Freitag. Die Marine will dort ihre Kapazitäten für die

Wartung und Reparatur von Kriegsschiffen erweitern. Insolvenzverwalter Christoph Morgen erklärte, die bis Freitagabend eingegangenen Angebote würden geprüft und anschließend mit dem Gläubigerausschuss besprochen. Reuters

### Bauinvestitionen sinken

Wegen der rasant steigenden Baupreise und absehbar langen Bauzeiten stellen immer mehr Bauwillige ihre Pläne zurück. Sowohl Private als auch staatliche Stellen haben laut Statistischem Bundesamt im April weniger Aufträge vergeben: im Vergleich zum Vormonat 16 Prozent weniger, im Jahresvergleich fast 12 Prozent. Der Aufwärtstrend scheint damit gebrochen, seit Jahresbeginn sind die Neuaufträge sogar leicht rückläufig. Vor allem die Zurückhaltung des Staates alarmiert die Bauwirtschaft. Preissteigerungen bei Bitumen und Asphalt hätten Straßenbauprojekte verteuert und die Haushaltsplanungen der Kämmerer „gesprengt“, heißt es vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. tag.